



Wahrheiten und Unwahrheiten über den Index

Was der Index ist und was er nicht ist

Die automatische Indexierung der Löhne (seit 1975) bezweckt den Erhalt der Kaufkraft mittels einer Kompensation der durch die Inflation verursachten Geldentwertung. Somit ist der Index ein technischer Mechanismus zum **Ausgleich der verlorengegangenen Kaufkraft**.

→ Bei gleichbleibender Produktivität und wirtschaftlichem Ergebnis in einem Betrieb verhindert der Index, dass die Inflation die realen Löhne entwertet.

→ Lohnabhängige und Pensionierte können wieder das gleiche Volumen an Produkten oder Dienstleistungen wie vor der Abwertung kaufen.

→ Der Erhalt der Kaufkraft kommt wiederum der Wirtschaft, insbesondere dem Handel und Handwerk zugute.

Der gesetzliche Mechanismus beinhaltet:

1. eine monatliche Überprüfung der Preisentwicklung der Waren und Dienstleistungen eines festgelegten Warenkorbs (durchschnittliche Konsumgewohnheiten der Bevölkerung) und
2. die +2,5% automatische Anpassung aller Bruttolöhne und Pensionen, wenn die festgestellte Preisentwicklung des Warenkorbs im vorangegangenen Monat die Marke von +2,5% erreicht hat.

Index = sozialer Frieden

Der Index erlaubt ein **Minimum an organisierter nationaler Lohnpolitik**, die alle Löhne an die Inflation anpasst und somit die betrieblichen Kollektivvertragsverhandlungen



entlastet und vereinfacht → aktuell können sich diese Lohnverhandlungen auf die Entwicklung der Produktivität und auf die wirtschaftlichen Resultate der Betriebe konzentrieren, da sie den Inflationsausgleich der Löhne nicht zu verhandeln brauchen. Dieses Modell hat sich seit Jahrzehnten als sehr effektiv bewährt und somit wesentlich zum sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt beigetragen. Es ist ein sehr wichtiges Standbein des sozialen Friedens in Luxemburg. Das Salarariat Luxemburgs hat kein Interesse an einer Aufsplitterung des Indexmodells und an dessen schrittweisen Abbau.

Der Index ist also weder eine sozialpolitische Maßnahme, noch eine Maßnahme zur Umverteilung des von der Wirtschaft geschaffenen Reichtums und eigentlich auch kein Instrument der Lohnpolitik, sondern schlicht und ergreifend ein Kompensationsmechanismus.

Aussagen der Indexgegner

Wer heute einen Handlungsbedarf aufgrund einer problematischen Inflationsentwicklung sieht, ist nicht ehrlich und visiert deutlich einen Angriff auf das Indexsystem:

- um definitiv das Luxemburger Modell der Lohnverhandlung und der Lohnfindung empfindlich zu stören und sogar abzuschaffen, und
- um Lohnkürzungen und ständigen Lohndruck gegen die Arbeitnehmer durchzusetzen.

Die Inflation in Luxemburg ist zu hoch = falsch!

Die Inflation liegt in Luxemburg nur leicht über derjenigen seiner Nachbarn, was aber angesichts des höheren Wachstums nicht ungewöhnlich ist, und bleibt im Rahmen der durchschnittlichen Preisentwicklung in Luxemburg. Von einer Situation wie in den 1970ern und frühen 1980ern, als die Inflation zeitweise bei fast 10% lag, sind wir derzeit weit entfernt. Eine dynamische Wirtschaftsentwicklung bringt nicht nur Inflation hervor, sie ist vor allem auf sie angewiesen. Wirtschaftswissenschaftler sehen eine **jährliche Inflationsentwicklung von 2% oder von 3% und noch mehr als optimal und wirtschaftsfördernd** an. Dies entspricht der durchschnittlichen Inflationsrate in Luxemburg der letzten 20-25 Jahre.

„Der Index ist inflationsfördernd und er treibt die Preise in die Höhe“ = falsch!

Denn es sind die Betriebe, die als erste die Preise erhöhen → denn würden sie das nicht tun, bräuchten wir keinen Index, um unsere Löhne und unsere Kaufkraft zu schützen. Wäre der Index inflationsfördernd, dann müsste beim Erfallen der Indexranchen automatisch ein Inflationsschub stattfinden. Entgegen immer wiederkehrenden Behauptungen konnte das statistische Amt Luxemburgs (STATEC) in einer diesbezüglichen Studie einen solchen „automatischen preistreiberischen Effekt“ des Index nicht bestätigen (*cf. Economie & Statistiques No 43/2010*) → **nur maximal 0,2% werden diesem Phänomen zugeschrieben**. Würde der Index die Inflation ankurbeln, dann müsste im direkten europäischen Vergleich die Inflationsentwicklung Luxemburgs signifikant höher sein.

Was in Luxemburg der Preisautrieb ankurbelt, sind derzeit vor allem die **administrierten Preise** (Wasserpreis, Mülltaxen, Gesundheitskosten, Preise im öffentlichen Transport,

Parkinggebühren...) → ein **Großteil der Inflation ist hausgemacht!** (vgl. Bericht des Observatoire de la Formation des Prix zum 2. Semester 2012)

Die Löhne sind zu hoch = falsch!

Es gibt überhaupt keinen objektiven Grund in Luxemburg Lohnkürzungen einzufordern, denn seit Jahren **sinkt die Lohnquote am geschaffenen Mehrwert ab**: die Arbeitslöhne haben sich langsamer als die Profite und die Dividenden der Unternehmer und Aktionäre entwickelt.

Diese **Schiefelage bei der Verteilung ist wahrlich kein luxemburgisches Sonderphänomen**, sondern trifft auf die Löhne der Arbeitnehmer aller europäischer Länder zu → aber Luxemburg nimmt einen absoluten Spitzenplatz ein, denn die ungerechte Verteilung der Wirtschaftsergebnisse ist in Luxemburg besonders stark ausgeprägt (trotz unseres Indexsystems).

Die Arbeitsproduktivität liegt in Luxemburg seit Jahren zwei- bis dreimal so hoch als in den Nachbarländern. Zugleich sind die Gewinnspannen der Betriebe (Teil des geschaffenen Mehrwerts nach Abzug der Lohnkosten) ebenfalls höher als bei den Nachbarn. Wenn es Probleme in verschiedenen Betrieben oder Wirtschaftszweigen gibt, so sind diese in den meisten Fällen nicht auf die Lohnkosten zurückzuführen.

Überhaupt ist es völlig verfehlt von einer übertriebenen Lohnentwicklung in Luxemburg zu reden. Sowohl die Zahlen der Zentralbank als auch die des STATEC (*Bulletin de la BCL 1/2013* und *Note de conjoncture 3/2012*) bestätigen, dass seit Mitte 2011 die realen Einkommen tendenziell sinken und die jährliche Lohnentwicklung fast ausschließlich der Lohnindexierung geschuldet ist.

Der Index muss sozialer und gerechter gestaltet werden = falsch!

Für mehr Lohngerechtigkeit sind die direkten Lohnverhandlungen und Kollektivvertragsverhandlungen zuständig: Sie entscheiden darüber, wie sich der durch die Arbeitsleistung entstandene Mehrwert zwischen den Arbeitslöhnen und den Kapitaleinkünften aufteilt und ob eine gerechtere Verteilung des wirtschaftlichen Resultats eines Unternehmens zwischen den Arbeitslöhnen und den Profiten, Kapitaleinkünften und Dividenden der Unternehmer und Aktionäre erreicht werden kann oder nicht.

Der Index **entscheidet auch nicht über die jeweilige Hierarchie der Löhne** in einem Betrieb! Er ist nicht verantwortlich dafür, wenn in einem Betrieb das Verhältnis zwischen den Löhnen und den einzelnen Arbeitsfunktionen bzw. beruflichen Qualifikationen nicht ausgewogen oder gar ungerecht sind.

→ **mehr soziale Gerechtigkeit ist durch eine fortschrittliche staatliche Steuerpolitik zu erreichen**, die Betriebsgewinne und Großverdiener stärker in die steuerliche Verantwortung nimmt.

Zu Erinnerung: Der OGBL fordert eine Steuerreform mit:

- einer Entlastung des Mittelstandes durch eine erhöhte Progressivität, inklusive Erhöhung des Spitzensteuersatzes;
- einer stärkeren Besteuerung von Kapitaleinkünften und Vermögen.

In den vergangenen Jahren hat sich die Steuerlast mehr und mehr von den Betrieben auf die Haushalte verschoben; diese Tendenz muss rückgängig gemacht werden.

Die Regierung verschließt sich jedoch bislang dieser Diskussion über eine größere Steuergerechtigkeit und scheint als Ausgleich vor allem auf eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zu setzen – eine Entscheidung, die nicht nur vor allem Haushalte mit niedrigen Einkommen stärker belastet, sondern ebenfalls die Indexdiskussion noch weiter verschärfen wird: der Patronatsverband der Industrie, die Fedil, fordert bereits, dass die für 2015 angedachte Erhöhung der Mehrwertsteuer im Index-Warenkorb neutralisiert wird. Der OGBL wendet sich schärfstens gegen derartige Versuche einer neuerlichen Indexmanipulation.

Das Märchen vom „gedeckelten“ Index

„Ist es gerecht, wenn eine Indexbranche von 2.5% für den einen Arbeitnehmer eine Erhöhung von 50€ bedeutet, während es für einen anderen 500€ sind?“ – solche populistischen Aussagen beenden jede seriöse Diskussion, denn diese Zahlen sind nichts anderes als der Vergleich eines monatlichen Bruttolohns von 2.000€ mit einem Bruttolohn von 20.000€! → 11,89x den gesetzlichen Mindestlohn!

→ mit diesem populistischen Beispiel argumentierte der Staatsminister seinen Vorstoß, den Index auf 2x den gesetzlichen Mindestlohn zu begrenzen! (von 11,89x ist nicht die Rede!).

Über die zehntausenden Lohnabhängigen mit Bruttolöhnen von 4000€, 5000€, 6000€ oder 7000€ wird kein Wort verloren. Es sind aber sie, die der Staatsminister, die CSV, die DP, die Handelskammer und die Patronatsorganisation UEL (Union des Entreprises luxembourgeoises) im Visier haben.

Wären es nämlich jene, die 10.000€, 15.000€ oder 20.000€ monatlich verdienen, dann hätte die Regierung der Forderung des OGBL zugestimmt, **mehr Steuergerechtigkeit** über den Weg der Einführung eines Superspitzensteuersatzes für solche hohen Einkommen von 10.000 €, 15.000 oder 20.000€ zu schaffen. Der Staatsminister und die Regierung lehnen dies aber bis jetzt ab.

→ Es geht bei dem Vorschlag des „gedeckelten Index“ **keineswegs um mehr Lohngerechtigkeit oder soziale Gerechtigkeit, sondern einzig und allein um den Abbau ganz normaler Löhne und ihrer Kaufkraft!**

→ Dies ist eine **gesetzliche Zwischenetappe in Richtung der totalen Abschaffung** des Indexsystems!

Der gedeckelte Index = ein sozialer Index?

Die einzigen, die von diesen Ersparnissen profitieren sind die Betriebe und die Aktionäre.

Eine maximale Indexbranche würde dazu führen, dass Beschäftigte mit höheren Einkommen sich weniger mit unserem Sozialmodell und seinen Sozialversicherungen identifizieren und solidarisieren.

Der gedeckelte Index – was bringt er den niedrigen Löhnen?

„Werden die niedrigen Löhne davon profitieren, wenn die Löhne für die etwa 45% anderen Arbeitnehmer abgebaut werden?“ → Nein.

Der gedeckelte Index bringt den niedrigen Lohnschichten der Arbeitnehmerschaft überhaupt nichts: sie werden von dem Geld, das das Patronat auf Kosten der anderen Arbeitnehmer einkassieren würde, keinen einzigen Cent sehen. Schlimmer noch → **der gezielte Druck des Patronats und seiner Organisationen auf die niedrigen Löhne wird sich erhöhen!**

Es wäre ein naiver Fehler die grundsätzliche Ausrichtung der Forderungen des Patronats zu übersehen: „weg mit dem gesetzlichen Mindestlohn, weg mit dem Index und für die allgemeine Kürzung der Löhne in Luxemburg.“

→ im Bau und Handwerk, Handel, Reinigungswesen, im Hotel- und Restaurantgewerbe verdienen die wenigsten Arbeitnehmer mehr als den 2fachen Mindestlohn. Das Patronat wird keine Ruhe geben, bis der „soziale Index“ noch „sozialer“ und noch „selektiver“ geworden sein wird. Vielleicht etappenweise: von 2 auf 1,5, dann auf 1,25 und 1x den Mindestlohn, und dann ganz abgeschafft.

Das wahre Ziel

In Luxemburg soll es keinen gesetzlichen automatischen Lohnmechanismus mehr geben, um die Inflation auszugleichen. Der Inflationsausgleich soll somit von den Löhnen losgekoppelt werden. Für die untersten Einkommen, im Bereich der offiziellen Armutsgrenze, wäre der Ersatz u.a. die „allocation de vie chère“ → der gedeckelte Index ist die **Vorstufe für die totale Abschaffung** des Index!

Der Warenkorb

Einmal jährlich stellt der Stavec die Gewichtung von Waren und Gütern im Preisindex auf den Prüfstand. Der Preisindex gibt Aufschluss darüber, wofür die Verbraucher wie viel Geld ausgeben. Er dient **als Grundlage zur Berechnung der Inflation**.

Warum nicht die Erdölprodukte aus dem Warenkorb herausnehmen?

= der erste Schritt in Richtung Infragestellung der Preisindexierung

Auf den Konsum von Erdölprodukten (+Erdgas) kann ein Haushalt aus existenziellen Gründen nicht verzichten. Eine Manipulation des Index bei den Erdölprodukten würde eine **der wichtigsten Waren aus dem Warenkorb** entfernen und die **Absicherung der Kaufkraft gefährden**. Sie würde darüberhinaus in erster Linie die Haushalte mit niedrigem Einkommen finanziell treffen, da für sie der Konsumanteil dieser Produkte im Verhältnis zu ihrem Gesamteinkommen deutlich stärker ins Gewicht fällt als dies für andere Einkommensschichten der Fall ist.

Statt den Index zu manipulieren, schlägt der OGBL der Regierung vor:

- sich auf die **flächendeckende Erweiterung und auf die Qualität des öffentlichen**

Transportangebots zu konzentrieren;

- die **staatlichen Förderungs- und Unterstützungsmaßnahmen für energieeffizientes Wohnen auszubauen und sozialgerecht zu gestalten**, damit auch untere Einkommenschichten davon profitieren können.

Und warum auch nicht Tabak und Alkohol ausklammern?

Die Herausnahme von Tabak und Spirituosen hätte **keinen gesundheitspolitischen Impact**, im Gegensatz etwa zu erhöhten Steuern auf diesen Produkten. Eine solche Maßnahme würde zudem vor allem die **Niedrigverdiener penalisieren**, die zwar nicht unbedingt mehr Tabakprodukte oder alkoholische Getränke konsumieren, jedoch im Vergleich einen prozentual höheren Teil ihres Einkommens hierfür aufbringen, als besser gestellte Haushalte (*Chambre des salariés: je höher das Einkommen ist, desto kleiner ist der Anteil von Alkohol und Tabak an den Gesamtausgaben der Arbeitnehmer*).

Bereits 2010 hatte das Statec dargelegt, dass es von 2003 bis 2009 ohne Tabak und Alkohol im Warenkorb genauso viele Indexranchen gegeben hätte wie mit (*die Tabakakzisen sind im Warenkorb auf dem Niveau von 2006 eingefroren*).

Weiter lehnt der OGBL ab:

- zeitliche Verschiebung der Indexranchen

Mit den seit 2006 vorgenommenen „Modulationen“ (richtiger: Manipulationen) des Index, die in der Verschiebung mehrerer Indexranchen bestanden, haben Unternehmen und Staat bislang über eine Milliarde Euro auf Kosten der Lohnabhängigen gespart. Dieses Ersparnis war für diese nichts anderes als ein realer Kaufkraftverlust. Dabei gab es überhaupt keinen objektiven Grund für diese Verschiebungen! Der OGBL hat sich gegen diese Indexmanipulationen gewandt und wird dies auch weiterhin tun. **Die normale Funktionsweise des Indexmechanismus muss schnellstmöglich wieder hergestellt werden!**

- das Indexsystem ganz abzuschaffen

Die Inflationsanpassung der Löhne müsste dann direkt in den betrieblichen Verhandlungen eingefordert werden. Das Konfliktpotenzial würde stark ansteigen, denn das gesamte luxemburgische System der Lohnfindung und -verhandlung würde schrittweise kippen.

→ wer den Index abschaffen will, greift automatisch unser gesamtes Modell der Lohnverhandlungen an **und damit den sozialen Frieden in Luxemburg!**